

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

15.6.1929 (No. 136)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3516

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amen,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatte, der als Kassentabell gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inzident keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Arbeitslosenversicherung

Die ergebnislose Besprechungen über die Reform

Die Verhandlungen der Regierungsparteien im Reichstag über das Sofortprogramm für die Arbeitslosenversicherung sind am Freitagnachmittag ergebnislos abgebrochen worden, weil eine Verständigung über die Beitragserhöhung nicht erzielt werden konnte. Die Deutsche Volkspartei lehnte nach wie vor jede Beitragserhöhung entschieden ab, während die Sozialdemokratie ihrerseits die Erhöhung unbedingt fordert. Auch die Demokraten haben sich entschlossen, nicht für eine Beitragserhöhung zu sein. Daraufhin hielt der Vorsitzende des eingeleiteten interfraktionellen Ausschusses, Abg. Esser, eine Verhandlungsmöglichkeit nicht mehr für gegeben.

Die Sozialdemokraten hatten sich bereit erklärt, das sogenannte Sofortprogramm für die Reform der Versicherung zu akzeptieren und auch in der Saisonarbeiterfrage entgegenzukommen, wenn eine begrenzte Beitragserhöhung beschlossen würde. Auch das Zentrum wäre für eine dreimonatige Beitragserhöhung um 1/2 Prozent zu haben gewesen. Am Montag wird sich nun das Kabinett erneut mit der Sache beschäftigen. Es steht vor der Frage, ob es das Sofortprogramm mit der Reform der Saisonarbeiterfrage und einer bemessenen Beitragserhöhung vorlegen oder überhaupt auf eine gesetzgeberische Reform im jetzigen Augenblick verzichten soll. In der Saisonarbeiterfrage könnte man sich wohl auf der Basis einigen, daß der Bezug der Unterführungen von der Dauer der vorangehenden Beschäftigungszeit abhängig gemacht und die Unterstützung vielleicht auch sonst noch in ein besseres Verhältnis zu der Beitragsleistung gebracht würde. Darüber könnte man sich vermutlich auch mit den Sozialdemokraten verständigen. Darüber kann kein Zweifel sein, daß sich die ganze Frage zu einer ernsten politischen Belastung für die regierende Koalition entwickelt hat.

Der französische Ozeanflug

Ein blinder Passagier

Der französische Ozeanflug des „Gelben Vogels“ ist gelungen, wenn auch das Ziel Paris nicht erreicht wurde, sondern die Landung in Nordspanien vorgenommen werden mußte. Schuld daran ist ein blinder Passagier, der sich in das Flugzeug eingeschlichen hatte und einen größeren Brennstoffverbrauch verursachte. Das Flugzeug landete Freitagabend in der Nähe von Comillam bei Santander in Spanien. Die drei französischen Piloten Affolant, Lesbère und Vog waren am Donnerstag von Old Orchard in der Nähe von Boston aufgestiegen und hofften in der Nacht von Freitag auf Samstag in Paris einzutreffen.

W.D. Santander, 15. Juni. (Tel.) Die Landung des Flugzeuges „Gelber Vogel“, die um 8 Uhr abends auf dem Strand von Dyambra, 4 Kilometer von Comillam entfernt, erfolgte, ging normal vonstatten. Die Piloten erklärten, sie seien gelandet in der Annahme, daß sie sich an der französischen Küste befänden. Das Flugzeug wird von Carabinieri bewacht. Es bestätigt sich, daß sich an Bord der Amerikaner Artur Schreiber als blinder Passagier befindet. An Bord war ferner als Passagier ein lebendiges junges Krokodil. Die Entfernung Old Orchard-Santander beträgt etwa 5300 Kilometer. Die Piloten waren 29 Stunden unterwegs und haben eine Durchschnittsgeschwindigkeit von über 180 Kilometer erreicht. Es soll dies die bisher schnellste Überquerung des Ozeans sein. Wie dem „Matin“ aus Santander gemeldet wird, war die Überquerung schwierig. Es herrschte starker Nebel, Wind und Regen vier Stunden lang, außerdem zwangen verschiedene Stürme die Piloten, von der Linie, die die Dampfer verfolgen, abzuweichen und nach Süden den Kurs zu nehmen, um an der portugiesischen Küste einen Landungsplatz zu suchen.

Die Ursache des Rücktritts Dr. Goldmanns

Der Rücktritt Dr. Goldmann erhält jetzt in Berliner Zeitungen seine Aufklärung. Es wird geschrieben: „Es bedeutete für Generaldirektor Goldmann zweifellos eine persönliche Enttäuschung und eine sachliche Beschränkung seiner Kompetenzen, als zum Nachfolger des Freiherrn von Vassus im Vorsitz der Zeppelin-Stiftung nicht er berufen wurde, sondern Dr. Edener, der sich gegen die kaufmännische Vorsicht Goldmanns diktorisch durchsetzte.“

Die Kühnheit, mit der Edener in transatlantischen Fahrten die Leistungsfähigkeit des Zeppelin-Systems demonstrierte, gewann ihm die Bewunderung der Welt, ohne jedoch die internationalen Finanzkreise von ihrer ablehnenden Haltung abzubringen, und beim ersten Mißerfolg den Rückschlag zu verhindern. Auf ihr zur Zeit einziges Luftschiff angewiesen und von den Streichungen im Reichsetat hart getroffen, mußte sich die Zeppelin-Gesellschaft darüber schlüssig werden, ob die bisher angewandte Methode genügend Aussicht auf Erfolg verspricht. Generaldirektor Goldmann glaubte, die geschäftliche Verantwortung für das Unternehmen nicht mehr tragen zu können und überläßt sie vom 1. Juli an einem noch nicht bestimmten Nachfolger. Edener für seinen Teil bleibt entschlossen, mit dem „Graß Zeppelin“ nicht nur die zweite Amerikafahrt durchzuführen, sondern auch die Weltfahrt, für die bereits mit 90 000 Dollars das amerikanische Versichererstatutungsmonopol, die japanische Presse für 20 000 Dollars die Versichererstatutungen von den beiden Zeppelin-Friedrichshafen-Los Angeles-Kalifornien geschickt.“

Letzte Nachrichten

Der Tarifantrag der Reichsbahn

Für Erhöhung der 2. Klasse und von Güterfähren
pr. Berlin, 15. Juni. (Priv.-Tel.) Der angekündigte Tarifantragsantrag der Reichsbahn ist, wie die „B.Z.“ meldet, jetzt bei der Reichsregierung eingegangen.

Es wird vorgeschlagen, diejenigen Tarife, die im vorigen Jahre gesenkt worden sind, zur Erzielung von Mehreinnahmen heranzuziehen, also eine Reihe von Güterfähren und im Personenverkehr die Tarife für die zweite Klasse, während die Preise in der dritten Klasse unverändert bleiben. In einzelnen Fällen, wie verkehrt werde, die Erhöhungssätze mäßig sein, da insgesamt nur die infolge der Lohnerhöhungen benötigten 55 Millionen Reichsmark aufgebracht werden sollen. Die Hauptverwaltung der Reichsbahn habe ausdrücklich betont, daß sie der Regierung für jede andere Lösung der Finanzfrage dankbar sei.

Das französische Schuldenabkommen

Rein Zahlungsaufschub für Frankreich

W.D. Paris, 15. Juni. (Tel.) Wie „Matin“ berichtet, hat Poincaré gestern Abend die Hoffnung derer zerküßt, die annehmen, daß die französische Regierung eine hinauschiebung des Zahlungstermines für die am 1. August fällig werdende 400 Millionen Dollars, die Frankreich für die nach dem Kriege angekauften amerikanischen Heeresbestände zu zahlen hat, zugestimmt erhalten könnte.

Poincaré erklärte, das amerikanische Schatzamt sei in dieser Angelegenheit durch ein Gesetz gebunden und es sei daher besser, wenn die französische Kammer die Regierung ermächtigt, durch Dekret im geeigneten Augenblick die Schuldenabkommen zu ratifizieren, als selbst zu einem bestimmten Zeitpunkt darüber abzustimmen. Wenn das Parlament der Regierung diese Vollmacht gebe, dann würden die Vereinigten Staaten das als eine vorläufige Ratifizierung betrachten können. Da das Dekret erst nach Abschluß der Verhandlungen über den Sachverständigenbericht unterzeichnet werden könnte, könne Frankreich der Verpflichtung, die 400 Millionen Dollars am 1. August zu zahlen, nur auf diese Weise aus dem Wege gehen.

Eine polnische Bahnfällscherbande

W.D. Warschau, 15. Juni. (Tel.) Der Warschauer Polizei ist es gelungen, eine Bande von Bahnfällschern dingfest zu machen, die in der Hauptstadt Deserteuren zur Flucht verholfen hat. In die Angelegenheit sind mehrere Unterbeamte der Eisenbahnpolizei der Grenzstation Legow verwickelt. Sie sind ebenfalls verhaftet und den Gerichtsbehörden übergeben worden.

Die Klage der Splinterparteien in Preußen

Wie dem „A.Z.“ von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist der Staatsgerichtshof in Leipzig noch zu keiner Fällung eines Urteils über die Klage der Nationalsozialisten gegen die preussische Wahlordnung gekommen. Der Staatsgerichtshof hat der preussischen Regierung vielmehr eine Erklärungsschrift bis zum 1. Oktober gestellt, so daß mit einem Urteil wahrscheinlich erst im Jahre 1930 gerechnet werden kann. Die preussische Wahlordnung ist auch infolgedessen mit der sächsischen oder schlesischen Wahlordnung, die mit Erfolg angegriffen worden sind, nicht zu vergleichen, als die Frage der Klautionen wegfällt und sich außerdem die preussische Wahlordnung eng an die Reichswahlordnung anschließt. Die Reichswahlordnung ist aber seinerzeit mit der verfassungsändernden Mehrheit angenommen worden.

Das endgültige Schlussergebnis der englischen Wahlen

Der Wahlkreis Rugby, der letzte, in dem noch die Wahlen zum Unterhaus vorzunehmen waren, ist in den Händen der Konservativen geblieben. Hiernach sind sämtliche 615 Unterhausmitglieder gewählt. Die endgültige Verteilung der Mandate ist folgende:

Arbeiterpartei 289, Konservative 280, Liberale 58, Unabhängige 8. Somit haben die Sozialisten 128 Sitze gewonnen und 3 verloren, die Konservativen 3 gewonnen und 142 verloren, die Liberale 31 gewonnen und 17 verloren, die Unabhängigen 3 gewonnen und 2 verloren. Die Kommunisten haben ihren einzigen Sitz eingebüßt.

Prälat Durm Kirchenpräsident in Württemberg. In einer in Stuttgart abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Landeskirchenrates und Oberkirchenrates wurde beim entscheidenden Wahlgang Prälat Durm in Heilbronn mit 50 von 71 Stimmen zum Kirchenpräsidenten der evangelischen Landeskirche Württembergs gewählt. — Prälat Durm steht im 61. Lebensjahre und ist in Wafel geboren. Bierzehn Jahre hindurch wirkte er in der Evangelischen Gesellschaft, wo besonders den Hilfsbedürftigen und Gefährdeten seine Arbeit galt. Auch war ihm die Seelsorge in den Gefängnissen übertragen. Im Jahre 1919 wurde er in die verfassunggebende württembergische Landesversammlung gewählt.

\* Zur politischen Lage

Ratifizierung des Young-Planes.

Es ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß der Young-Plan durch die beteiligten Regierungen und ihre Parlamente ratifiziert werden wird. Niemand wird die Neigung verspüren, durch eine Ablehnung das mühsam zu rechtgezümmerte Werk zu gefährden. Aber ganz ohne Schwierigkeiten wird es bei dieser Ratifizierung nicht abgehen. Das Land, in welchem sich zuerst solche Schwierigkeiten bemerkbar gemacht haben, ist Nordamerika, und man kann das ganz gut begreifen.

Denn, wie wir schon neulich darauf hinwiesen, ist eben doch durch das Ergebnis der Pariser Konferenz der bisherige, starre Grundsatz der nordamerikanischen Regierung, eine Verkopplung des interalliierten Schuldenproblems und der Reparationsfrage nicht zuzulassen, erschüttert worden. Es ist sogar ein recht enger Zusammenhang zwischen beiden Problemen hergestellt worden, vor allem dadurch, daß bei etwaigen Streichungen der interalliierten Schulden durch Amerika Deutschland mit zwei Dritteln daran beteiligt werden soll. Man wird also darauf dringen, daß das ganze Abkommen in den beiden Häusern des nordamerikanischen Parlaments ausgiebig erörtert wird. Und dort wird es sicherlich zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen.

Ein großer Teil der amerikanischen Bevölkerung wünscht nach wie vor, daß ihr Land in die europäischen Händel nicht hineingezogen wird. Und die Erfahrungen, welche die amerikanischen Delegierten in Paris gesammelt haben, sind bestimmt nicht danach angetan, einen solchen Wunsch vergessen zu machen. Das Bestreben unserer Gläubiger geht doch offenkundig dahin, bei dem gesamten Geschäft der Schuldenregulierung mit Amerika Deutschland vorzuschieben und sich selbst für alle Zeiten dadurch frei zu machen, daß man auch formell die Abzahlung der eigenen Schulden auf dem Umwege über die Reparationen auf Deutschland abladet. Eine solche Verschiebung wird von den Nordamerikanern nicht gebilligt. Sie wollen sich an denjenigen Schuldner halten, der die Schulden effektiv bei ihnen kontrahiert hat.

Bei alledem mag wohl auch die Überzeugung mitsprechen, daß der Young-Plan, so sehr sein Zustandekommen an sich zu begrüßen ist, Deutschland doch Lasten aufbürdet, die es auf die Dauer nicht tragen kann, und daß Amerika ja doch auf den Zahlungswillen und auf die Zahlungsfähigkeit seiner eigenen Schuldner direkt angewiesen bleibt. Unter keinen Umständen will Nordamerika in eine Situation kommen, die es unfern Gläubigermächten gestattet, Nordamerika gegen uns auszuspielen. Mit dieser Möglichkeit wäre zu rechnen, wenn Reparationsfrage und interalliierte Schuldenfrage gar zu eng miteinander verknüpft würden.

Völkerbundsrat und Minderheitenfrage

Im Völkerbundsrat ist man den deutschen Forderungen hinsichtlich des Schutzes der nationalen Minderheiten nur in einigen geringfügigen Punkten entgegengekommen. Deutschland wird sich durch den Mißerfolg von einer weiteren, energischen Wahrnehmung der Rechte der Minderheiten nicht abbringen lassen. Die Gegenläge liegen im übrigen jetzt vollkommen klar zu Tage: Briand und mit ihm wohl die Mehrheit der Völkerbundsmitglieder wollen die Verschmelzung der nationalen Minderheiten mit dem Staatsvolk, welchem sie staatsrechtlich zugehören, während Deutschland den Standpunkt vertritt, daß die Minderheiten wohl loyal ihre Pflichten als Staatsbürger zu erfüllen haben, in ihrer kulturellen Sonderart aber weitgehend zu schützen sind.

Wir Deutschen werden es nie vergessen, daß etwa 40 Millionen Stammesgenossen nationale Minderheiten in anderen Staaten bilden. Wir können ja nichts dafür, daß man vor dem Frieden von Versailles den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker aufstellte und dann bei den Friedensverträgen selbst dieses Selbstbestimmungsrecht überall dort brutal und geistlich ignorierte, wo es sich um deutsche Bevölkerung handelte. Wir werden nie aufhören, eine Wiebergutmachung dieser Ungerechtigkeiten zu fordern. Jüres erste verlangen wir wenigstens, daß die deutschen Minderheiten in anderen Staaten nicht drangsalariert und entrechtet werden.

Wie man deutsche Minderheiten in anderen Staaten behandelt, zeigen am besten die Verhältnisse in Polen, wo man mit einer empörenden Rücksichtslosigkeit deut-

ichen Grundbesitz enteignet. Es ist selbstverständlich, daß der deutsche Reichsaussenminister beim Völkerverbundrat dagegen Protest erhoben hat. Und die Schroffheit, mit welcher der polnische Außenminister darauf erwidert hat, kann uns nur in der Überzeugung bestärken, daß wir mit unserer Reichswehr im Recht sind.

### Deutschland und Frankreich

Der deutsche Reichsaussenminister wird von seiner Rückreise von Madrid nach Deutschland über Paris fahren und dort nochmals mit Briand zusammenkommen. Briand will zuvor mit Poincaré und seinen übrigen Ministerkollegen Jühlung nehmen, damit er dann Stresemann die Bedingungen mitteilen kann, unter welchen die Probleme zwischen Deutschland und Frankreich einer Regelung zugeführt werden können. Das Wichtigste dieser Probleme ist natürlich das der Räumung. Es ist anzunehmen, daß Herr Stresemann in Madrid dem französischen Außenminister den Standpunkt Deutschlands in dieser Frage ohne Umschweife dargelegt hat.

### China und Rußland

Im Fernen Osten ist es zu recht bedrohlichen Verwicklungen zwischen Sowjetrußland und der chinesischen Nationalregierung in Hanking gekommen. Die Meldung, daß russische Truppen in chinesisches Gebiet einmarschiert seien, scheint sich zu bestätigen. Entstanden ist der Konflikt dadurch, daß sich der russische Bolschewismus immer wieder und wieder in China in Dinge einmischte, die ihn gar nichts angehen, und daß die chinesische Regierung sich solches verbat und schließlich ganz bestimmte polizeiliche Maßnahmen ergriff, um ihre Rechte zu wahren. Wenn Rußland wirklich mit bewaffneter Hand in China einfällt, werden sich neue Komplikationen im Fernen Osten kaum vermeiden lassen.

### Kurze Nachrichten

**Befehlsmanöver in Südwestdeutschland.** Wie die englischen, so werden auch die französischen Hauptquartier-Truppenübungen für den Sommer und Herbst vorbereitet. Es ist geplant, die Manöver sich so vollziehen zu lassen: 1. sollen die einzelnen Formationen engbegrenzte Geländeübungen vornehmen; 2. wird ein kombiniertes Korps aufgestellt, das eine groß angelegte Manöverübung durchführen soll. Als Manöverfeld ist gedacht das Gebiet von der Pfalz über den Sund zur Mosel hin. Bei diesem Manöverplan werden die Übungsplätze und Truppenleiter der Pfalz eine ungewöhnlich starke Bewegung erhalten.

**Steuerermäßigung für die Berliner Kinotheater.** Die städtische Finanz- und Steuerdeputation in Berlin beschloß, bei der Vermögenssteuer der Kollage der Kinotheater durch eine individuelle Behandlung der einzelnen Theater Rechnung zu tragen. Die Steuer soll ab 1. Mai bis 15. Dezember bei einem gegenüber dem Vorjahre nachgewiesenen Besucherrückgang von 10 bis 20 Proz. um ein Drittel, bei einem Rückgang von mehr als 20 Proz. um die Hälfte herabgesetzt werden. Die herabgesetzten Beträge werden zunächst gestundet.

**Ministerialdirektor Dr. Ritter** vom Auswärtigen Amt trat zu den Verhandlungen über die belgische Kartfrage Freitag vormittag in Brüssel ein. Die Verhandlungen haben Freitag nachmittag begonnen.

**Rufen Böhs und von Dünefelds im Reichsverkehrsministerium.** Im Reichsverkehrsministerium zu Berlin fand am Freitag die feierliche Übernahme der von dem Deutschen Club in Chicago gestifteten beiden Büsten der Ozeanflieger statt. Es sind zwei in Lebensgröße gehaltene Bronzebüsten, die vom amerikanischen Vorkämpfer übergeben wurden. Dieses Geschenk sei zugleich ein Anerkennungszeichen Amerikas.

### Der Opernspielplan des Badischen Landestheaters

Wer von Jahr zu Jahr die Entwicklung der öffentlichen Musikpflege in Deutschland aufmerksam verfolgt, gerät in immer größerer Staunen über die Summen, welche die einzelnen Staaten und Städte zur Erhaltung der wichtigsten kulturellen Betriebe dieser Art investieren müssen. Besonders bei den rund hundert Theatern mit fest engagiertem Opernpersonal, die wir immer noch haben, sind Jahreszuschüsse von einer, anderthalb, zwei und sogar mehr Millionen leider keine Ausnahme, ja an diesen gewaltigen Zahlen scheint überhaupt kaum eine Änderung möglich, solange man eben im musikalischen Theater vornehmlich einen Kulturfaktor zu sehen gewillt ist, und infolge dieser klaren Grundeinstellung es von vornherein den Prinzipien einer wirtschaftlichen, kaufmännischen Geschäftsführung entbehrt.

Freilich ist damit nun keineswegs gemeint, daß der durch Einnahmen nicht gedeckter Betriebsaufwand ins Uferlose wachsen dürfe. Wenn Unterrichtsminister Dr. Leers bei der Theaterdebatte im Landtag geäußert hat: „Wir müssen uns in der Pflege der Kunst so einrichten, daß wir mit den Einnahmen immerhin einigermaßen auskommen“, so ist das ein Wort, dem sich heute wohl keine einsichtige Theaterleitung verschließen kann. Auch das bestsubventionierte Institut wird schon im Interesse der eigenen künstlerischen Leistungsfähigkeit und, um einer drohenden Stagnation im Vorstellungsbereich zu begegnen, auf ein sorgfältig ausgebautes Abonnementssystem stets zu achten haben, es muß weiterhin, um die Zahl derjenigen, die gute Opern zu hören wünschen, zu vergrößern, gewisse Rücksichten auf lokale Organisationen (hier z. B. auf Theatergemeinde und Volksbühne) walten lassen. Ohne Zweifel kann daher im gegenwärtigen Augenblick gerade die Frage nicht wichtig genug genommen werden, inwiefern ein Theaterjahr einerseits geistige Aufbau- und kulturelle Erziehungsarbeit geleistet, andererseits aber auch mit einem annähernd befriedigenden budgetären Resultat abgeschlossen hat.

Unterzieht man daraufhin die abflinkende Saison des Badischen Landestheaters einer kritischen Betrachtung, so ergibt sich wenigstens kein bedrohliches Bild. Das ist zunächst unentwegt Gegnern des ganzen Systems gegenüber zu betonen, und es darf auch gleich festgesetzt werden, daß der etwas größere Fehlbetrag durch Mindereinnahmen, jedoch kaum durch beträchtliche Mehrausgaben entstanden ist. Trotzdem scheinen einige Bemerkungen grundsätzlicher Art nötig, Bemerkungen überdies, die insbesondere von der auffallenden Tatsache ausgehen, daß so manchen Vorstellungen der zweiten Spielhälfte offenbar jeder Reiz fehlt. Denn es ist

### Aus dem Reichstag

#### Der Verkehrsstat — Gegen Tarifierhöhung der Reichsbahn — Heute Wehretat

Reichsverkehrsminister Dr. Stegerwald hatte am Freitag seinen Etat im Reichstag zu verteidigen.

Er fand milde Kritiker; selbst die Deutschnationalen erklärten sich im ganzen mit seinem Programm einverstanden, wenn auch die Kürzungen der Mittel für das Luftfahrtwesen bedauert wurden. In den wichtigsten Punkten konnte das Programm freilich noch nicht volle Klarheit bringen, denn die Zukunft der Reichsbahn hängt noch im Ungeheuren. Erst müssen die Besprechungen abgeschlossen sein, die sich zwischen Reichsverkehrsministerium, Reichsbahndirektion und Finanzministerium als Folge des Abchlusses der Pariser Reparationskonferenz als notwendig herausstellen werden. Ob die Pariser Konferenz wesentliche Erleichterungen auch für die Reichsbahn bringen werde, war in der Debatte noch eine unstrittene Frage. Einig waren aber alle Parteien darüber, daß eine Tarifierhöhung bei der Reichsbahn für die Wirtschaft unerträglich sein würde.

Als Minister Dr. Stegerwald (wie schon gemeldet) namens der Regierung eine Tarifierhöhung ablehnte, fand er überall lebhafteste Zustimmung. Der wachsenden Bedeutung des Verkehrs soll nach der Erklärung des Ministers durch ein umfassendes Wegbau- und Wegeverbesserungsprogramm Rechnung getragen werden. Die verschiedenen Pläne für den Ausbau des Wasserstraßennetzes sollen in organische Verbindung gebracht werden. — Die Abstimmungen wurden auf Montag vertagt.

Die von den Regierungsparteien beantragte Änderung der lex Brüning wurde dem Steueransatz überwiesen. Nach dieser Vorlage soll das 1300 Millionen Reichsmark übersteigende Aufkommen aus der Lohnsteuer nicht mehr zur weiteren Senkung dieser Steuer, sondern für soziale Zwecke verwandt werden.

\*

Am heutigen Samstag, vorm. 10 Uhr, begann die zweite Beratung des Wehretats.

Reichswehrminister Gröner wies darauf hin, daß von einer Abrüstung oder auch nur Rüstungsbeschränkung bei den Siegermächten keine Rede sei. (Sehr wahr!) Unsere Nachbarstaaten verfügen über 76 Divisionen gegenüber den 10 deutschen Divisionen. Dabei fehlen uns alle wirksamen modernen Großkampfmittel. In den Nachbarstaaten werden amartige Reservearmeen ausgebildet, die uns fehlen. Auch ein Führer ohne große Reserve und ohne gute Waffen kann nichts machen. Deutschland ist gegen Luftangriffe schloslos. Wir können uns nicht auf den „potentiell de guerre“ verlassen, sondern stützen uns auf den „potentiell de paix“, auf unser vertragliches Recht, auf allgemeine Abrüstung. Es wird nun die Frage aufgeworfen: Warum unterhalten wir überhaupt diese kleine, im Kampf gegen die großen Militärmächte doch nicht brauchbare Reichswehr? Ja antwortet: Weil sie wenigstens verhindert, daß feindliche Nachbarn in unseren Grenzgebieten nach Gefallen schalten und walten, und daß kriegerische Nachbarn über unsere Neutralität ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen können. Auf die Marine können wir nicht verzichten, denn sie bedeutet einen wesentlichen Kräftezuwachs für das Landheer. — Was die innere Verfassung der Reichswehr betrifft, so sind alle Parteien darin einig, daß die Reichswehr rein staatlich eingeteilt und ein unbedingt zuverlässiges überparteiliches Instrument in der Hand der verfassungsmäßigen Gewalten sein muß. (Beifall.) Jeder versteht aber unter dieser staatlichen Einteilung etwas anderes.

Nach dem Deutschnationalen v. Lettow-Vorbeck sprach Abg. Schöpslin, Karlsruhe (Soz.). Zu der Erklärung des Reichswehrministers, daß er im nächsten Jahre die Wiederherstellung der in diesem Jahre gestrichenen Positionen verlangen werde, führte Schöpslin aus, daß die Sozialdemokraten im nächsten Jahre darauf bringen würden, daß die in diesem Jahre erzielten Einsparnisse noch wesentlich erweitert werden.

### Die Beziehungen der Türkei zu Frankreich und Deutschland

Aus Angora wird berichtet:

Die junge Türkei ist in ihrem ausgesprochenen Nationalismus leicht zu Argwohn und Ablehnung Fremdbürtigen und Andersgläubigen gegenüber geneigt. Dafür spricht die Gründung des „Komitees zur Bekämpfung aller nicht mosammanischen religiösen Missionen“, das kürzlich in Konstantinopel entstanden ist. Es ist anzunehmen, daß die Regierung die Satzungen dieses Komitees, dessen Ziel rücksichtsloser Kampf gegen alle „ungläubigen“ Religionsgesellschaften ist, bestätigen wird. Schon jetzt denunziert die Presse hin und wieder Minderheitsschulen, weil in ihnen christliche Religionsübungen abgehalten würden.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß der im Mai wiederkehrende Volkstrauertag anlässlich der griechisch-französischen Besetzung von Smyrna allgemein begangen wurde. Die Blätter erinnerten in Worten und in zum Teil graphischen Bildern an die Niedermetzelung der Türken durch französische und griechische Soldaten. Die Greuelthaten, welche die Feinde der Türkei in Smyrna begangen hätten, bedeuten eine Schuld Europas, das trotz seiner angeblich hohen Zivilisation zugehört hätte, ohne einzugreifen.

Dagegen hat der türkische Vorkämpfer Kemaldeddin Samy Pascha aus Berlin noch vor seiner Abreise nach seinem Urlaube in Angora die Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland als sehr gut bezeichnet. Der deutsch-türkische Schiedsvertrag bedeute einen weiteren Fortschritt für den Fortschritt für den Ausbau dieses Freundschaftsverhältnisses. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht träte eine immer weitere Belebung ein. Mit Befriedigung stellte der Vertreter der Türkei die ständig wachsende Ausfuhr türkischer Tabaks nach Deutschland fest. Darauf sei es zurückzuführen, daß die türkische Handelsbilanz im Verkehr mit Deutschland im Betrage von 60 Millionen türk. Pfund aktiv gewesen sei.

Schließlich würden auch die kulturellen Bande zwischen den beiden Ländern enger geknüpft, indem nicht weniger als 600 türkische Studenten an deutschen Hochschulen studierten.

König Fuad von Ägypten, dessen offizieller Aufenthalt in Berlin nunmehr seinen Abschluß gefunden hat, stattete Freitag nachmittag dem Reichspräsidenten einen Abschiedsbesuch ab. — Der König hat 20 000 Reichsmark für die Armen Berlins gespendet.

Die Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau beginnen auf Einladung des Schlichters am Montag in Essen.

Der schweizerische Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit ist in der Schweiz fast vollständig verschwunden, und die Zahl der Arbeitssuchenden betrug anfangs Mai nur einige Tausend.

Owen Young ist Freitag abend in New York wieder eingetroffen.

Der neue amerikanische Botschafter in London, General Dawes, ist in Southampton eingetroffen.

### Kleine Chronik

Bei der am Freitag begonnenen Ziehung zur 3. Klasse der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie fiel als einer der allerersten Gewinne der Hauptgewinn von 100 000 RM auf das Los Nr. 255 406, das in beiden Abteilungen in Berlin gespielt wird.

Auf der Straße von Stuttgart nach Eßlingen überflog sich in der Nacht zum heutigen Samstag ein Personenauto. Der Chauffeur und eine Begleiterin blieben unverletzt. Die beiden anderen Insassen der Limousine, zwei Stuttgarter Frauen, erlitten ihren Verletzungen bald nach dem Unfall.

Auf dem Flugplatz Schleißheim bei München ereignete sich Freitag abend ein schwerer Unfall. Dem Flugzeugführer Krüger wurde vom Propeller eines rollenden Flugzeuges der rechte Arm mit solcher Wucht abgeschlagen, daß der abgeschlagene Arm 10 Meter wegfiel. Der Schwerverletzte wurde nach München ins Krankenhaus gebracht.

In New York erreichte am Freitag das Thermometer den höchsten Stand seit 37 Jahren. Fünf Personen sind infolge des Hitze gestorben.

immerhin anzunehmen, daß diese Funktionsstörungen ihre tieferen Gründe hatten, und diesmal nicht allein durch jene äußeren Schwierigkeiten, denen ein Theater auch bei erstbeste Sorgfalt der Vorbereitung stets unterworfen ist, verursacht wurden. Beobachtete man zudem die Aufführungsreihe der letzten Monate genauer, so zeigte sich ein starker Mangel an zielbewusster Ausgestaltung des Repertoires, ja die Wahl der im Tagesbetrieb weiterlaufenden Werke schien zuweilen mehr dem Zufall überlassen, als dies einer Bühne mit Individualcharakter zuträglich ist. Sind überhaupt im Gesamtbaubau des Spielplans noch die programmatischen Gesichtspunkte maßgebend, nach denen erst vor wenigen Jahren der verjüngte Apparat in den Dienst eines regenerierten Repertoires gestellt werden sollte, oder hat man auf deren praktische Durchführung — ich nenne u. a. Pflege der charakteristischen Gegenwartproduktion, Pflege der vergessenen älteren Literatur, lebendige Erneuerung, aber nicht bloß schematische Auffrischung der traditionellen Opernwerke — verzichtet?

Überblickt man im Querschnitt der Jahresarbeit nur diese letzte und dritte Gruppe, die ja nach Maßgabe der schwierigen Zeitverhältnisse die wichtigste Aufgabe des Landestheaters bleiben muß, so ist zwar nicht zu leugnen, daß die Bühne auch heuer wieder bemüht war, dem breiten Anstrom eines mehr denn je sozial gemischten Publikums die gangbarsten Werke in anständigen Aufführungen zu bieten, gleichwohl hätte man aber, wenn man sich schon vornehmlich auf den Begriff des Traditionstheaters zurückzog, auf die Pflege einiger Standardwerke Wagners und Mozarts doch mehr Nachdruck legen dürfen, und es wäre bei solch gebundener, aber verständlicher Rücksicht für die Theaterleitung wohl auch zweckdienlicher gewesen, im ererbten und erworbenen Bestand ihres laufenden Repertoires neben einer Weberischen Oper von neueren Komponisten wenigstens Strauß des öfteren bereitzubehalten. Nun wird allerdings jede systematische Erneuerung des sogenannten Repertoires nur langsam vorantreiben gehen können und es wird überall gelegentlich im Tagesbetrieb eine Aufführung auszu-tauschen, die eigentlich längst der Erneuerung bedürftig wäre; trotzdem müßte auch bei solch herkömmlicher Darbietung älterer Opernkunst die Überzeugung vorwalten, daß auch dies auf Grund planvoller Erwägungen geschieht und nicht einfach, um in einer Vorstellung eben irgendetwas zu bringen. Das wäre kaum einer diesbezüglichen Erwerbsanstalt würdig, widerspricht aber vollkommen der kulturwirksamen Bedeutung eines Kunstintituts, das nicht nur mit seinem gesamten Personal-körper im Dienst einer bestimmten Idee steht, sondern selbst Träger einer besonderen künstlerischen Willensäußerung ist.

Und wie jeder musikalisch-theatralische Vorgang im einzelnen, muß dort auch die Vielfalt der jährlichen Erscheinungen

organisch und geschmackmäßig geordnet und auf einem wohlbedachten festen Grundplan basiert sein, dem im Rahmen des überschaubaren ein geistiges Zielbewußtsein innezuwohnt und der maßgebend für Sinn und Zielrichtung der ganzen Jahresaktion bleibt. In dieser Beziehung sind nun leider mehrere sehr beachtliche Fragezeichen zu machen, selbst wenn man zugibt, daß diverse Unsicherheitsfaktoren, hauptsächlich verschuldet durch Erkrankungen und Beurlaubungen, diesmal spürbarer als sonst sich auswirkten. Solche Dinge mögen allerdings vorübergehend Hemmungen verursachen haben, dürfen aber niemals die Stabilität des Spielplans so erschüttern, daß man sich zeitweise an einen völlig desorganisierten Theaterbetrieb erinnern fühlt und sich gar nicht wundern kann, warum das Interesse des Publikums fast vollständig erlahmt. Gewiß, das Problem der Repertoiregestaltung war stets schwierig und hat schon immer bequeme Handhaben zu irgendwelchen Verhandlungen, aber der Augenblicke muß gerade, weil er in den meisten Fällen die Schwierigkeiten bei seiner Aufstellung und Durchführung nicht erkennt, doch mindestens das Gefühl haben, daß man Sonderwünschen den künstlerischen Erziehungswillen sehr energisch vorantreibt und unter allen Umständen an der geistigen Aktivierung der Opernbühne weiterarbeitet, und dies unter Aufbietung und Ausnützung aller Kräfte des gesamten künstlerischen und technischen Apparates. Wiederholungen so unerquicklicher Vorgänge der letzten Zeit, daß z. B. einzelne Mitglieder, vielleicht weil sich ihr Engagement als ein Fehlschlag erwies, überhaupt nicht mehr oder nur noch ganz selten beschäftigt wurden, sind natürlich ebenso zu verhindern wie das drei- oder gar viermalige Spielen derselben Oper vor dem gleichen Abonnementstamm, ein Nachteil, der zu vielen berechtigten Klagen Anlaß gegeben hat und sicherlich auch kaum zur Sanierung der finanziellen Lage beiträgt.

Eine wesentliche Aufgabe wird jedoch künftig nicht nur in der Aktivierung des Spielplans erliegen müssen, sondern er ein planvolles Zurückgreifen auf Werke der Vergangenheit betrifft, die für unsere Gegenwart besonders wichtig sind, die im Sinne der bedeutenden Ortstradition betriebsmäßigen Reueinstudierungen haben ebensolche programmatische Erst-aufführungen zu folgen. Von der Wahl der Rollen im verlassenen Spieljahr kann man dies nämlich nur bedingt behaupten. Zweifellos ist bei unserer vorwiegend konservativ eingestellten Publikum eine begründete Notwendigkeit für „zeitgenössisches Theater“ überaus gering, und das Landestheater darf mit gutem Recht mehr Nachdruck auf ein gepflegtes Repertoire der älteren Produktion legen als auf modernes Opernschaffen. Es soll auch gar nicht um Propagandawerkzeug einer bestimmten Kunstanschauung werden. Aber wenn es deshalb nur zögernd an lebende Autoren herantritt, dann muß sich der